

HESSEN



Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration



Dokumentation der Fachtagung Monetarisierung im Ehrenamt.

Verändert Bezahlung das Engagement?



Donnerstag, 10.09.2015, 14:00 – 16:30 Uhr

Forum Volksbank Mittelhessen eG ,

Schiffenberger Weg 110,Gießen

Monetarisierung im Ehrenamt. Verändert Bezahlung das Engagement?

Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft, insbesondere die Kommunen, dauerhaft vor neue Herausforderungen. Es gilt, eine zukunftsfeste Daseinsvorsorge zu gestalten, die unterschiedliche Elemente von haupt- und ehrenamtlichen Unterstützungsangeboten bereithält. Im Bemühen, diese sorgende Gemeinschaft aufzubauen, werden verschiedene Modelle bürgerschaftlichen Engagements verfolgt.

Bei unserer Fachtagung gingen wir der Frage nach, in welcher Form Ehrenamt die Daseinsvorsorge ergänzen kann. Wir wollen die Grenzen von einerseits Erwerbsarbeit und andererseits freiwilligem Engagement beleuchten und vor allem die Stellen in den Blick nehmen, an denen sich die Grenzen verwischen.

Programm

13:30 Eintreffen der Teilnehmenden

14:00 Begrüßung

Elke Kiltz, Leiterin des Referates „Bürgerschaftliches Engagement/
Ehrenamt“, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

14:10 Grußwort Volksbank Mittelhessen, Rainer Staffa, Vorstand

14:20 Einführung in die Veranstaltung,

Patricia Ortmann, Moderation, Leiterin Freiwilligenzentrum für Stadt und
Land kreist Gießen

14:25 Geld statt Ehre? Zu den ambivalenten Folgen einer Monetarisierung
bürgerschaftlichen Engagements, Prof. Dr. Gisela Jakob

Podium

Wenn Engagement zu (Erwerbs-) Arbeit wird. Welche Rolle spielt Geld in unterschiedlichen Feldern Bürgerschaftlichen Engagements?

Teilnehmer/innen:

Dr. Petra Engel, Altenplanerin Stadt Marburg

Dr. Hans Albrecht Oehler, Vorsitzender St. Elisabeth Hospiz, Marburg

Tobias Kemnitzer, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, Berlin

Alexandra Vogt-Schulz, Seniorenbeauftragte und Projektleiterin Integration u. Soziale Dienste, Gemeinde Wabern

15:45 Thementische mit den Podiumsteilnehmer/innen (bei Kaffee u. Kuchen)

16:20 Resümee des Tages

Elke Kiltz und Patricia Ortmann

Grußwort

Elke Kiltz, Leiterin des Referates „Bürgerschaftliches Engagement/Ehrenamt“, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration



Guten Tag – schön dass Sie alle da sind. Mein Name ist Elke Kiltz, ich bin die Leiterin des Referates Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligendienste im Ministerium für Soziales und Integration. Ich darf Sie, liebe Engagierte, liebe Hauptamtliche und alle, die irgendwo dazwischen angesiedelt sind, ganz herzlich im Namen von Minister Grüttner begrüßen. Und ihnen danken für ihr Engagement bzw. für ihre Unterstützung des Engagements – je nachdem in welcher Rolle Sie hier sind.

Sie wissen, dass das Land Hessen im Rahmen seiner Ehrenamtskampagne „gemeinsam aktiv“ vieles auf den Weg gebracht hat zur Unterstützung und Förderung des Ehrenamtes. Qualifizierungsangebote und Auszeichnungen als Anerkennungskultur sind nur Beispiele dafür. Sie können alle Maßnahmen auf der Homepage von www.gemeinsam-aktiv.de finden.

Die Zahl der Anmeldungen zu dieser Tagung heute und die Zahl der Anwesenden macht deutlich:

Das Thema „ Monetarisierung im Ehrenamt“ beschäftigt viele – theoretisch und praktisch. Und es reicht in viele Sparten unserer Gesellschaft. Es ist kein neues Thema

Die 1. Fachtagung dazu in Hessen gab es 2006 unter dem Titel „Ohne Moos nix los“.

Jetzt ist das Thema aber wieder brandaktuell – in 5 Tagen gibt es eine ähnliche Tagung wie die heutige in Rheinland-Pfalz.

Ich selbst habe das Referat „Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste“ vor acht Jahren übernommen und habe mich mit viel Neugier und Interesse in die spannenden Themen eingearbeitet. Vieles war neu. Den Begriff des Gestaltungswillens des Engagement z.B. hatte ich bis dato noch nie gehört, obwohl das schon immer die Triebfeder meines eigenen Engagements war: die Gesellschaft verändern zum Besseren hin.

Ich habe schnell gelernt, wie wichtig folgende Dinge für ehrenamtliche Tätigkeiten sind:

- Qualifizierung, Koordinierung + Begleitung
- hauptamtliche Ansprechpartner + -partnerinnen
- hauptamtliche Unterstützungsstrukturen
- Anerkennungskultur

Geld war in dem Zusammenhang lange kein Thema für mich, bis ich mit der Zuständigkeit für die Umsetzung des 45 d SGB XI Pflegeversicherung auch näher mit der Umsetzung des 45 c in Berührung kam. Sie kennen das vermutlich alle: es geht dabei um niedrigschwellige Angebote für dementiell Erkrankte.

Mit großem Erstaunen nahm ich zur Kenntnis, dass im Gesetzestext zum 45 c zwar von Ehrenamt die Rede ist, in der Praxis aber bis zu 10,- € pro Stunde für die sogenannten Ehrenamtlichen gezahlt wird.

Was ist das, habe ich mich gefragt: Ehrenamt mit Aufwandsentschädigung oder grauer Arbeitsmarkt? Ehrenamt als Lückenbüßer für fehlende Hauptamtliche oder Ehrenamt als zusätzliche Angebote zur Verbesserung der Lebensqualität?

Ich habe jetzt bewusst das Beispiel 45 c genommen, weil es die Antwort auf eine Notlage in der Pflegelandschaft ist und war.

Die zunehmende Zahl der dementiell Erkrankten, die Überforderung der Angehörigen, die Notwendigkeit zur Entlastung! Dies alles bei nicht vorhandenem Personal.

Und – die große Frage, wie beim Aufbau von Entlastungsstrukturen mithilfe des Ehrenamtes die Verlässlichkeit garantiert werden könnte. Dafür kann ein Stundensatz als Anreiz eine schnelle + bequeme Lösung sein, die allerdings langfristig eine große Brisanz bringt. Ich habe großes Verständnis für alle, die die Not gesehen haben und daraus Angebote entwickelt haben, die jetzt in unterschiedlichsten Variationen im Land verbreitet sind.

Wir müssen jetzt aber ein Stück von unseren eigenen Projekten + Initiativen zurücktreten, uns anschauen, was es alles inzwischen gibt und darüber nachdenken, ob bestimmte Formen unterstützender Angebote noch mit dem Begriff des Ehrenamtes kompatibel sind oder ob wir dafür einen anderen Rahmen, andere Begriffe finden müssen. Dazu ist eine Rückbesinnung notwendig auf das, was die konstitutiven Elemente des Ehrenamtes, des Bürgerschaftlichen Engagements sind und es ist ein Blick auf die Herausforderungen der Zukunft nötig, um die Rolle des Ehrenamtes evtl. neu zu definieren und zu ergänzen durch Formen geringfügiger Beschäftigung.

Diesen Fragen wollen wir heute nachgehen im gemeinsamen Bemühen, das kostbare Gut Ehrenamt + Engagement nicht zu beschädigen, nicht zu verschleudern, sondern zu stärken und zu unterstützen.

Wir legen heute unser Augenmerk auf die Fachebene und deren Austausch. Und versuchen, erste Antworten zu finden.

Im kommenden Frühjahr wollen wir das ganze Thema dann nochmal mit politischer Besetzung in Angriff nehmen.

Für heute wünsche ich uns allen einen wertschätzenden fruchtbaren Austausch.

Vortrag

Geld statt Ehre? Zu den ambivalenten Folgen einer Monetarisierung bürgerschaftlichen Engagements, Prof. Dr. Gisela Jakob



1. Zum Auftakt

Ich möchte meinen Vortrag heute mit einem Ausflug in die exotische Welt eines kleinen asiatischen Staates beginnen. Sie haben vielleicht davon gehört: Im Königreich Bhutan verordnet der König, His Majesty Jigme Singye Wangchuck, seinen Untertanen Glück und Zufriedenheit. Der Wohlstand des Landes wird nicht in erster Linie nach wirtschaftlichen Größen gemessen, sondern anhand des Bruttonationalglücks. Wichtiger als Wirtschaftswachstum und Bruttonationalprodukt ist in Bhutan die Steigerung des Bruttonationalglücks, die Gross National Happiness (GNH). Der gesellschaftliche Wohlstand wird am Lebensstandard, an der Qualität der Umwelt, sozialen Beziehungen, Bildung und einer Good Governance bewertet.

Jetzt könnte man dieses Beispiel leicht als exotisch ab tun und belächeln. Bhutan ist ein kleiner – aus westlicher Sicht armer – Staat mit 700.000 Einwohner_innen, so viel wie Frankfurt. Und ich weiß auch nichts darüber, wie es sich denn mit der Zivilgesellschaft in einer Monarchie verhält. Völlig ab tun würde ich das Beispiel aber nicht. Bhutan kann bei der Entwicklung seiner

Gesellschaft und Wirtschaft durchaus auf Erfolge verweisen. Und das Konzept wird bereits von einzelnen Unternehmen kopiert. Eileen Fisher, ein schickes Modelabel in New York, wirtschaftet nach GNHKriterien.

Westliche Wirtschaftsberater und Unternehmer pilgern in großer Zahl nach Bhutan, um die angebotenen Seminare zum Bruttonationalglück zu besuchen.

Ich habe mit diesem Einstieg heute begonnen, weil es eine Gegenbewegung markiert zu unserer "durchökonomisierten" Gesellschaft, in der ökonomische und monetäre Kriterien in alle Lebensbereiche vordringen und zu Orientierungsmaßstäben werden. Und damit bin ich mitten in meinem heutigen Thema: „Geld statt Ehre? Zu den ambivalenten Folgen einer Monetarisierung bürgerschaftlichen Engagements“. Je mehr das Engagement seine Nischenfunktion verliert und an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnt, umso stärker wird es ökonomischen Kriterien der Effizienz und Effektivität, der Qualitätsmessung und der Wirtschaftlichkeit unterworfen – so meine Ausgangsthese.

2. Zum Begriff der Monetarisierung

Unter dem Stichwort Monetarisierung wird seit einiger Zeit eine Tendenz beschrieben, nach der monetäre Anreize eine zunehmende Bedeutung gewinnen, um Engagement zu fördern und anzuerkennen. 7,- oder gar 12,- € pro Stunde für ein freiwilliges Engagement; pauschale Aufwandsentschädigungen, die deutlich über den entstandenen Kosten liegen und die Aufstockung eines Minijobs mit der Übungsleiterpauschale sind Ausdruck für diese Monetarisierung. Unter Begriffen wie „bezahltes Ehrenamt“, „vergütetes Engagement“ oder auch „nebenberufliches Engagement“ hat sich in manchen Vereinen und Verbänden eine Praxis herausgebildet, mittels monetärer Anreize neue Tätigkeiten zu kreieren, die zwar unter dem Dach eines Ehrenamts firmieren, die allerdings einer niedrig entlohnten Erwerbsarbeit sehr nahe kommen. In diesen Zusammenhang einer Monetarisierung gehört auch die wieder aufflammende Debatte um Rentenpunkte für das Engagement. Der Präsident der Deutschen Karnevalsvereine hat eine Unterschriftenaktion gestartet, in der er eine Steuerbefreiung nach dem Muster der Übungsleiterpauschale für alle Vereinsmitglieder und nach 30 Jahren Vereinsmitgliedschaft einen Rentenpunkt fordert.

Die direkten Geldzahlungen in Form von Steuerbefreiungen, pauschalen Aufwandsentschädigungen und stundenweisen Entlohnungen werden von den Befürwortern mit verschiedenen Argumenten begründet: Damit soll das Engagement stärker anerkannt werden, in der Hoffnung, damit mehr Engagierte zu gewinnen.

Entgelte und Vergütungen sollen Bürgerinnen und Bürgern ein Engagement ermöglichen, die nur über eingeschränkte finanzielle Ressourcen verfügen. Sie sollen des Weiteren ein verbindliches und verlässliches Engagement sicherstellen. Und nicht zuletzt wird mit dem Problemdruck und neuen gesellschaftlichen Aufgaben infolge der demografischen Veränderungen argumentiert.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich stelle nicht die Erstattung von Kosten, die im Rahmen eines Engagements entstanden sind, in Frage. Auslagenersatz und Kostenerstattungen für tatsächlich entstandenen Aufwand gehören heute zu einer modernen Engagementförderung dazu.

Problematischer sind allerdings die direkten Geldzahlungen, die über die entstandenen Kosten hinausgehen, weil sie den Kern dessen, was bürgerschaftliches Engagement ausmacht, berühren und die Engagementkultur in den Organisationen und Einrichtungen verändern.

3. Hintergründe für die zunehmende Monetarisierung

Eine Monetarisierung des Engagements lässt sich vor allem in Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge wie der Pflege beobachten, in denen es einen ausgeprägten Problemdruck und neue Handlungsbedarfe in Folge der demografischen Veränderungen geht. Um neue Angebote bereit zu stellen, arbeiten die gemeinnützigen Organisationen und Einrichtungen mit einem Personalmix, zu dem dann auch Formen wie ein bezahltes ehrenamtliches Engagement gehören können. Dies ist mit dem 2008 in Kraft getretenen Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (§ 45d SGB XI) ermöglicht und forciert worden. Die damit bereit gestellten Beträge zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe werden häufig für Aufwandsentschädigungen und direkte Zahlungen an die Engagierten eingesetzt.

Dass es um mehr als um die Bewältigung der demografischen Veränderungen geht, zeigt die um sich greifende Monetarisierung beim Ausbau der Ganztagschulen und bei der nachmittäglichen Betreuung. Ehrenamtliche aus Vereinen und Verbänden bieten Sportkurse, Hausaufgabenbetreuung und sonstige Arbeitskreise am Nachmittag an und werden dafür im Rahmen der Übungsleiterpauschale entgolten. Die Ambivalenz dieser Konstruktion ist offensichtlich: Statt ausgearbeiteter Konzepte, wer welche Aufgaben mit welchem pädagogischen Auftrag in den Ganztagschulen zukünftig übernehmen soll, wird eine pragmatische Lösung gewählt, die aus der Perspektive einer umfassenden und fundierten Bildung von Kindern und Jugendlichen nicht zufrieden stellen kann. Das bürgerschaftliche Engagement wird dabei zum Lückenbüßer und Ausfallbürgen, um den Mangel an öffentlichen Mitteln und entwickelten Konzepten zu kompensieren.

Tendenzen zur Bezahlung des Engagements werden auch durch den Arbeitsmarkt forciert. Nach wie vor gibt es - insbesondere in sog. strukturschwachen Regionen - Bevölkerungsgruppen, die dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind oder in prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind. Für diese Menschen erhält ein bezahltes Engagement als zusätzliche Einkommensquelle eine große Bedeutung. Aktuell lässt sich dies zum Beispiel beim Bundesfreiwilligendienst beobachten, in dem 65% der über 27jährigen Teilnehmer_innen zuvor arbeitslos waren.

Nicht zuletzt ist der Trend zur Monetarisierung auch durch bundespolitische Programme und Maßnahmen zur Engagementförderung vorangetrieben worden.

Aus der bereits in den 1960er Jahren eingeführten so genannten Übungsleiterpauschale, mit der Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten steuerfrei gestellt werden sollen (§ 3 Nr. 26 EStG), ist ein Instrument für ein geringfügiges

Entgelt im ehrenamtlichen Engagement geworden. Die Steuerbefreiung von Aufwandsentschädigungen ist 2007 mit der so genannten Ehrenamtszuschale (§ 3 Nr. 26a EStG) noch weiter ausgebaut worden.

Als letzten Punkt zum Verständnis einer zunehmenden Monetarisierung möchte ich noch auf die umfassenderen Prozesse einer Ökonomisierung der

Gesellschaft hinweisen. Ökonomisierung bezeichnet einen Prozess, bei dem sich der Markt und seine Ordnungsprinzipien auf gesellschaftliche Bereiche ausweiten, in denen ökonomische Überlegungen bislang keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Der ungarisch-österreichische Soziologie Karl Polanyi (1942), der in den USA und Kanada gelehrt hat, hat diese Entwicklung bereits in den 1940er Jahren beschrieben. Im Zuge der Entwicklung kapitalistischer Produktionsweisen lässt sich die Tendenz beobachten, soziale Hilfen und Dinge zu "kommodifizieren", d.h. in Waren und Dienstleistungen zu transformieren. Dieser Prozess scheint in den letzten Jahren, nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch sozialistischer Staaten, an Dynamik gewonnen zu haben. Ökonomische Logiken des Wettbewerbes, der Einführung von Preisen für Güter, die bisher ohne Kosten zur Verfügung standen, des Rankings und eine zunehmende Orientierung an Verwertbarkeit sind in alle gesellschaftlichen Bereich eingedrungen. Nur einige ausgewählte Beispiele und Stichworte: die Verkürzung der Studienzeiten im Zuge der Bologna-Reform; die Orientierung an "employability", Beschäftigungsfähigkeit, bei der Umstrukturierung des Wissenschaftssystems; im städtischen Zusammenleben die zunehmende Privatisierung von öffentlichen Räumen; neue Steuerungssysteme in den öffentlichen Verwaltungen; die Privatisierung einst öffentlich erbrachter Leistungen in den Kommunen etc. Die Aufzählung ließe sich lange fortsetzen. Jetzt muss nicht jede Form von Wettbewerb und vor allem ein sorgfältiger Umgang mit finanziellen Ressourcen per se schlecht sein. Problematisch wird das Eindringen ökonomischer Prinzipien aber dann, wenn dabei die "Handlungslogiken" der „anderen Teilsysteme untergeordnet werden oder gar ganz verschwinden und an ihre Stelle die ökonomische Rationalität tritt" (Schimank/Volkman 2015). Als Beispiel für derartige Prozesse führen die beiden Soziologen und Systemtheoretiker Uwe Schimank und Ute Volkman die Entwicklung in der Medizin an, wenn z.B. Operationen nicht mehr in erster Linie aufgrund induzierter Erkrankungen und mit dem Ziel der Heilung erfolgen, sondern durch den Druck, möglichst viele abrechnungsfähige Leistungen zu erbringen.

Ökonomisierung heißt also nicht nur, dass ökonomische Sichtweisen und Logiken neben anderen bestehen, sondern dass ökonomische Prinzipien die nichtökonomischen Prinzipien verdrängen.

Zwar wird der weitaus größte Teil des Engagements (mehr als drei Viertel) unentgeltlich erbracht. In den letzten Jahren lassen sich jedoch in Teilbereichen Prozesse einer Monetarisierung beobachten.

4. Risiken und Nebenwirkungen einer Monetarisierung

4.1 Auflösung der Grenzen zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit

Mit der Monetarisierung und insbesondere mit direkten Zahlungen wie Entgelten nach Stundensätzen und pauschalen Aufwandsentschädigungen, die über einen Auslagenersatz hinausgehen, nähert sich das Engagement beruflich erbrachter Arbeit an. Für das bürgerschaftliche Engagement kann dies mit erheblichen Risiken verbunden sein. Bei einem Engagement, das für die eigene Einkommenssicherung wichtig wird, stellt sich die Frage, wie frei die Engagierten dann noch in ihrer Entscheidung für oder gegen die freiwillige Tätigkeit sind. Sie geraten damit in eine Abhängigkeit von der jeweiligen Organisation, die sowohl die Freiwilligkeit ihres Engagements in Frage stellt als auch ihre Unabhängigkeit gegenüber der Organisation und Einrichtung beeinträchtigt. Zugespitzt fragt Adalbert Evers in seiner kritischen Auseinandersetzung mit Auswirkungen von Monetarisierungstendenzen:

„Haben solche gegen Vergütung Mitarbeitende noch dieselbe Freiheit, auch Dinge anzusprechen, die bei dem jeweiligen Projekt im Argen liegen? Und liegt nicht der Grund dafür, dass vielfach Organisationen so sehr zögern, Freiwillige bei sich anzuwerben und mit ihnen zu arbeiten, exakt in dem Umstand, dass solche freiwillig Tätigen nicht so auf Folgebereitschaft verpflichtet werden können wie bezahlte Mitarbeiter?“ (Evers 2006, S. 66)

Sicherlich erleben sich nicht alle Engagierten, die eine geringfügige Bezahlung erhalten, in ihrer Freiheit für ein Engagement eingeschränkt und umgekehrt gibt es sicherlich auch bei „unbezahlten“ Ehrenamtlichen ausgeprägte Loyalitäten und Abhängigkeiten gegenüber der Organisation, in der sie tätig sind. Mit der Etablierung bezahlter ehrenamtlicher Tätigkeiten wird allerdings eine Struktur geschaffen, die das Engagement vor allem unter dem Blickwinkel seiner organisatorischen Einsatzmöglichkeiten und seines Dienstleistungspotenzials sieht. Dabei tritt sein Charakter als Engagement aktiver Bürgerinnen und Bürger, die sich in gesellschaftliche Belange

einmischen, mitreden und mitgestalten wollen und dabei auch manchmal widerspenstig sind und quer denken, in den Hintergrund. Freiwilligkeit und kritisches Potenzial drohen dabei verloren zu gehen.

4.2 Veränderung von Haltungen und Motiven

Mit der Bezahlung des Engagements können sich die Motive der Engagierten verändern. Statt eines freiwilligen Engagements aus bürgerschaftlicher Verantwortung treten bei einer Bezahlung Motive der Einkommenserzielung in den Vordergrund. Eine weitere kritische Stimme kommt von dem U.S. amerikanischen Philosophen Michael Sandel (2012). Sandel setzt sich in seinem Buch „Was man für Geld nicht kaufen kann“ mit der Frage auseinander, wie sich moralische Grundlagen des Handelns verändern, wenn ökonomische Logiken und marktorientiertes Denken in alle Lebensbereiche eindringen. Auch er geht davon aus, dass Marktanreize andere, „marktfremde Normen“ verdrängen (Sandel 2012, S. 83). Er führt dafür zahlreiche Beispiele vor allem aus den USA an: die gewerbsmäßige Organisation von Wartelangen und die Bezahlung der „Schlangesteher“ mit bis zu 20 \$ pro Stunde in Vertretung von Lobbyisten, die an einer Anhörung im Kongress teilnehmen wollen; Bezahlungen, um schnelle Arzttermine zu erhalten; die Bezahlung von Kindern für das Lesen eines Buches durch die Eltern oder auch durch Schulen; die Praxis der Leihmutterschaft bis hin zum Handel mit Emissionsrechten. Diese Entwicklung einer Monetarisierung aller Lebensbereiche ist aus mindestens zwei Gründen problematisch:

1. Sie verschärft soziale Ungleichheiten, weil gesellschaftliche Güter wie Bildung, Gesundheit und staatsbürgerliche Rechte an die Verfügung über Geld gebunden werden.
2. Außerdem werden dadurch zentrale moralisch-ethische Grundlagen und Werte der Gesellschaft beschädigt und entwertet. Auch für das bürgerschaftliche Engagement könnte man etwas provozierend fragen: Verdirbt Geld die Moral gemeinwohlorientierter Aktivitäten?

Mit einer Bezahlung des Engagements können bürgerschaftliche Motive wie der freiwillige Einsatz für ein Thema oder eine Sache, das Engagement für die Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems oder der Wunsch, hilfebedürftigen Menschen zu helfen, in den Hintergrund treten oder konkurrieren zumindest mit Haltungen, in denen die Einkommenserzielung oder – im Fall von Rentenpunkten, die spätere Rentenabsicherung im

Vordergrund stehen. Folgt man dieser Argumentation, dann stellt eine Monetarisierung den Eigensinn eines bürgerschaftlichen Engagements als freiwilliges, gemeinwohlbezogenes, manchmal auch widerständiges Engagement, mit dem sich Bürgerinnen und Bürger jenseits von formalen Qualifikationen und Berufsabschlüssen engagieren, in Frage.

4.3 Mögliche Auswirkungen für die zivilgesellschaftlichen Organisationen

Für Organisationen und Einrichtungen kann es zunächst einfacher sein, engagierte Bürger_innen mittels geringfügiger Bezahlungen zu gewinnen, als eine systematisch angelegte Engagementförderung innerhalb der eigenen Organisationsstrukturen aufzubauen. Damit bleiben allerdings mögliche – nicht intendierte – Nebenwirkungen ausgeblendet, die sich für die Organisationen ergeben können, wenn Entgelte und pauschalierte Aufwandsentschädigungen eingeführt werden.

· Neue Konflikte innerhalb der Organisationen

Neue Konflikte und Konkurrenzen können entstehen, wenn infolge der Einführung eines bezahlten Engagements in einer Organisation zwei Typen von „Ehrenamtlichen“ tätig sind: Personen, die für ihr Engagement „bezahlt“ werden und Personen, die ihr Engagement unentgeltlich und nur auf der Grundlage einer Kostenerstattung erbringen. Dies kann auch so ausgehen, dass das „bezahlte Engagement“ die bislang unbezahlten Tätigkeiten bzw. Mitarbeiter verdrängt.

Die Einführung von Entgelten und geringfügigen Bezahlungen ist eine irreversible Maßnahme, die Organisationsstrukturen nachhaltig verändert. Wenn Geld für ehrenamtliche Tätigkeiten gezahlt wird, werden bei den Engagierten damit Erwartungen geschaffen, die sich nicht einfach wieder zurück nehmen lassen. Die Organisationen etablieren damit letztendlich eine dauerhafte Praxis, die sich nur schwer und zum Preis von erheblichen Konflikten verändern lässt.

· Konkurrenzen zwischen den Organisationen vor Ort

Auch zwischen den Organisationen, Vereinen und Verbänden vor Ort, kann die Einführung von geringfügigen Bezahlungen für ein Engagement neue Konkurrenzen um die knappe Ressource Engagement forcieren. Zahlt der eine

Träger für die Betreuung demenzkranker Menschen einen Stundensatz, so setzt dies andere lokale Träger unter Druck, dies ebenso zu tun, um die eigenen Engagierten zu halten bzw. neue Freiwillige zu gewinnen.

4.4 Entstehung eines Niedriglohnssektors „durch die Hintertür“

Die Monetarisierung hat nicht nur Folgen für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, sondern berührt auch den Arbeitsmarkt und die berufliche Arbeit in gemeinnützigen Organisationen. Mit geringfügigen Entgelten und einem durch eine ehrenamtliche Tätigkeit "aufgestockten" Minijob wird "durch die Hintertür" ein Niedriglohnssektor etabliert, der weder gesetzlich noch tarifpolitisch geregelt ist und sozialversicherungsrechtliche Regelungen unterläuft. Damit entsteht eine Grauzone von Tätigkeiten, die aufgrund der Höhe und der Formen ihrer Bezahlung nach Stundensätzen erwerbsarbeitsnah ist. Hier wird derzeit eine aus sozial- und arbeitspolitischer Sicht äußerst problematische Praxis etabliert, ohne dass es eine gesellschaftliche Debatte dazu gegeben hat.

Und welches Signal setzen eigentlich gemeinnützige Organisationen, wenn sie einerseits gesellschaftlich anerkannt werden wollen und auf die Spendenbereitschaft der Bevölkerung angewiesen sind und andererseits Arbeitsverhältnisse etablieren, die in den meisten Unternehmen nicht tolerabel wären?

4.5 Abwertung beruflicher Arbeit

Die Personalstruktur in den sozialen Diensten und im Gesundheits- und Pflegebereich ist durch eine ausgeprägte Heterogenität gekennzeichnet.

Unterschiedlichste Personal- und Statusgruppen arbeiten zusammen und die Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche ist nicht immer klar und schwimmt im Berufsalltag. Außerdem sind in beiden Bereichen Berufsgruppen tätig, die gesellschaftlich wenig anerkannt sind, schlecht bezahlt werden und mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen haben. Dies ist sicherlich ein Hintergrund für die große Skepsis gegenüber bürgerschaftlichem Engagement und dessen Förderung, die mir bei meinen Studierenden, aber auch immer wieder im Kontakt mit beruflichen Mitarbeiter_innen in der Sozialen Arbeit und in der Pflege begegnet. Die Schaffung niedrig bezahlter und gering qualifizierter Arbeit unter dem Label Ehrenamt und deren Durchsetzung durch die

Organisationsleitungen dürfte die Akzeptanz bürgerschaftlichen Engagements in diesen Arbeitsbereichen erschweren.

5. Engagementpolitische Schlussfolgerungen

Mit der Einführung des Mindestlohnes seit Jahresbeginn gewinnt die Frage nach den Folgen einer Monetarisierung weitere Brisanz. Damit gibt es keine Möglichkeiten mehr für gering bezahlte Tätigkeiten im Rahmen einer Erwerbsarbeit, die unter einem Stundenlohn von 8,50 € liegen. Dies könnte dazu führen, dass die geringfügige Bezahlung ehrenamtlicher Tätigkeiten noch stärker als Schlupfloch genutzt wird, um unter dem Label Ehrenamt niedrig entlohnte Tätigkeiten zu etablieren.

Die Entwicklungen verweisen auf Handlungsbedarf und die Notwendigkeit politischer Gestaltung sowohl in den zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch durch die Politik auf den verschiedenen föderalen Ebenen. Zum Schluss einige Vorschläge:

- Grundsätzlich gilt:

Wenn Geldzahlungen erfolgen, die deutlich über dem entstandenen Aufwand liegen und in denen die Einkommenserzielungsabsicht dominiert, sollte auf die Bezeichnung als ehrenamtliches, freiwilliges oder bürgerschaftliches Engagement verzichtet werden. Die Praxis der letzten Jahre deutet zwar darauf hin, dass es einen Bedarf an solchen geringfügig entgoltenen Tätigkeiten gibt. Wie mit diesem Bedarf verfahren wird, bedarf der gesellschaftlichen Verständigung, und es müssten möglicherweise neue Modelle entwickelt werden, die auch arbeitsrechtliche und –politische Fragen berücksichtigen. Diese Tätigkeiten sollten dann aber auch als das bezeichnet werden, was sie sind: geringfügig bezahlte nebenberufliche Tätigkeiten und nicht als freiwilliges Engagement oder Ehrenamt.

Als bürgerschaftliches, freiwilliges oder ehrenamtliches Engagement sollten nur die Tätigkeiten bezeichnet werden, die auch die Kriterien eines freiwilligen, weitgehend unentgeltlichen, gemeinwohlorientierten Engagements erfüllen (vgl. auch Klie/Stemmer 2009)

- Eine Variante wie die Aufstockung eines Minijobs durch die Übungsleiterpauschale für dieselbe Tätigkeit sollte überhaupt nicht praktiziert

werden. Eine solche Vermischung von Erwerbsarbeit und Engagement bedient in erster Linie die jeweiligen Organisationsinteressen, ist aber aus der Perspektive beruflicher Arbeit sowie auch des Engagements problematisch.

- Statt Zahlungen an einzelne Engagierte sollten die Infrastrukturen finanziert werden, um Organisationen und Einrichtungen in die Lage zu versetzen, neue und professionelle Strukturen der Engagementförderung aufzubauen (vgl. Jakob 2009). Statt monetärer Anreize sollte in den Organisationen und in den Kommunen eine differenzierte Kultur der Anerkennung für Engagement etabliert werden und die Möglichkeiten für Qualifizierungen und Fort- und Weiterbildungen verbessert werden. Wie notwendig dies ist, sehen wir derzeit beim Engagement für Flüchtlinge und Asylbewerber, wo es vielerorts an Strukturen für die Begleitung der Ehrenamtlichen mangelt.

- Für die Organisationen resultieren aus meinen Ausführungen verschiedene Anforderungen:

1. Engagementförderung ist eine Organisations-entwicklungsaufgabe. Innerhalb der Vereine und Verbände bedarf es einer Klärung, welche Personalgruppe für welche Aufgaben zuständig ist. Dies würde dann auch eine klarere Unterscheidung der Aufgaben von Ehrenamtlichen, nebenberuflichen Mitarbeiter_innen und beruflichen Mitarbeiter_innen bringen.

2. Innerhalb der Organisationen muss es eine Verständigung und Absprachen geben, wie man mit dem Thema Monetarisierung verfahren will, welche Risiken damit verbunden sind und welche anderen Wege der Engagementförderung möglich sind. Einige Verbände haben dafür bereits die Initiative ergriffen, Diskussionsprozesse geführt und Positionen zum Umgang mit Aufwandsentschädigungen und Vergütungen in ihrer Organisation erarbeitet (vgl. die Arbeitshilfe des Diakonischen Werkes Württemberg 2011).

- Um das Thema Konkurrenzen zwischen den Organisationen zu bearbeiten, müssten vor Ort, in den Kommunen, Absprachen getroffen und gemeinsame Vorgehensweisen entwickelt werden, wie man zum Beispiel bei der ambulanten Betreuung demenzkranker Menschen und ihrer Angehörigen verfährt. Auch hier würde ich dafür sprechen, statt der geringfügigen Bezahlung das zur Verfügung stehende Geld für Qualifizierungen,

Begleitmaßnahmen und andere nichtmonetäre Formen der Anerkennung zu nutzen.

Die Folien zum Vortrag von Fr. Prof. Dr. Jakob finden Sie im Anhang.

Verwendete Literatur

Diakonisches Werk Württemberg e.V. (Hrsg.) (2011): Geld und Ehre? Aufwandsentschädigungen und Vergütungen im Freiwilligen Engagement. Broschüre

Evers, Adalbert (2006): Wenn Welten durcheinander geraten. Monetarisierung, bezahlte Arbeit und freiwilliges Engagement. In: Farago, Peter/ Ammann, Herbert (Hrsg.):

Monetarisierung der Freiwilligenarbeit. Referate und Zusammenfassungen der 5. Tagung der Europäischen Freiwilligenuniversität vom 30. bis 31.5.2005 in Luzern. Zürich, S. 63-74

Jakob, Gisela (2010): Infrastrukturen und Anlaufstellen zur Engagementförderung in den Kommunen. In: Olk, Thomas/ Klein, Ansgar/ Hartnuß, Birger (Hrsg.):

Engagementpolitik – Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden, S. 233 - 259

Klie, Thomas/ Stemmer, Philipp/ Wegner, Martina (2009): Untersuchung zur Monetarisierung von Ehrenamt und Bürgerschaftlichem Engagement in Baden-Württemberg. Freiburg

Polanyi, Karl (1973): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. 8. Aufl. (1942 erschienen) Frankfurt

Sandel, Michael (2012): Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes. Berlin

Schimank, Uwe/Volkmann, Ute (2008): Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Maurer, Andrea (Hrsg.): Handbuch der Wirtschaftssoziologie. Wiesbaden, S. 382-393

Kontakt:

Prof. Dr. Gisela Jakob

Hochschule Darmstadt

FB Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit

Adelungstr. 51

64283 Darmstadt

Tel.: 06151 / 16 89 67

E-Mail: gisela.jakob@h-da.de

Was ist Daseinsvorsorge?

Daseinsvorsorge umschreibt die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen – die so genannte Grundversorgung (vgl. Wikipedia).

Podium

Wenn Engagement zu (Erwerbs-) Arbeit wird. Welche Rolle spielt Geld in unterschiedlichen Feldern Bürgerschaftlichen Engagements?



Dr. Petra Engel, Altenplanerin der Stadt Marburg

1. Freiwilliges Engagement unterstützt kommunale Daseinsvorsorge, kann sie aber niemals ersetzen.

Um im kommunalen Raum eine altersgerechte Infrastruktur zu entwickeln, sind aktuell und zukünftig öffentliche Leistungen der Daseinsvorsorge mit freiwilligem Engagement der BürgerInnen zu vereinbaren. Kommunale Handlungsfelder sind hierbei insbesondere Steuerung und Planung: die Kommune trägt die Gesamtverantwortung und schafft den Rahmen für freiwilliges Engagement, welches status-, ethnien-, sprach- und altersübergreifend wirken kann.

Freiwillig Engagierte, Stadt Marburg und professionelle Dienstleister gestalten gemeinsam im sog. Bürger-Kommune-Profi-Mix die seniorengerechte Stadt- und Quartiersentwicklung. Alternspolitik- und Planungen sind dabei auf aktive Teilhabe älterer BürgerInnen bedacht, die in den Prozess der Umsetzung und damit einhergehende Entwicklungsaufgaben eingebunden sind, sodass

Initiativen und Angebote auf der aktiven Teilhabe und Selbstbestimmung basieren.

Zusammenarbeit und Austausch verschiedener Institutionen fördern eine seniorengerechte Quartierentwicklung; die Marburger Stabsstelle Altenplanung kooperiert mit Stadt- und Sozialplanung zur Vorgehensabsprache und Projektplanung. Die Stadt Marburg agiert in diesem Prozess als finanzielle, rechtliche und beratende Unterstützung; die freiwillig Aktiven engagieren sich aus ihrer eigenen intrinsischen Motivation und sollten ohne Druck von außen im Ehrenamt aktiv sein. Überforderung, Verunsicherung und insbesondere eine unfreiwillige Verpflichtung bzw. Instrumentalisierung gilt es zu vermeiden.

Die Marburger Alternspolitik und Altenplanung beruht auf einem ausgeglichenen Verhältnis kommunaler Unterstützung, engagierter BürgerInnen und professioneller Angebote und sieht zugleich Unterstützungsbedarf der Bundes- und Landespolitik für eine Stärkung dieser Strukturen und kommunalen Möglichkeiten/Ressourcen zur Gestaltung seniorengerechter Quartiers- und Stadtentwicklung.

2. Grenzen des Engagements

Das Wesen freiwilligen Engagements ist FREIWILLIGKEIT. Findet sich auf dieser Basis niemand für eine gesellschaftlich als notwendig erachtete Aufgabe, zeigt dieses vielleicht die Grenzen der Freiwilligkeit: trotz guter Erfahrung mit freiwillig tätigen "Trümmerfrauen" anno 1945ff verpflichten wir in der derzeitigen Infrastrukturkrise die Menschen nicht zur freiwilligen Mitwirkung am Brücken- und Straßensanierung, mit oder ohne € 5,- die Stunde. Das Argument, ohne Entlohnung fände sich niemand für die freiwilligen Tätigkeiten, zeigt m.E. auf, dass diese berufsmäßig zu erledigen sind.

Eine nach Stunden entlohnte Tätigkeit ist immer ein Arbeitsverhältnis, unterfällt dem Mindestlohn, macht Auftraggebende zu Arbeitgebern mit allen Konsequenzen (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsansprüche etc., steuerliche Folgen).



Dr. Hans Albrecht Oehler, Vorsitzender St. Elisabeth Hospiz, Marburg

1. Freiwilliges Engagement in der Hospizarbeit

Beim St. Elisabeth Hospiz in Marburg hat sich sehr schnell gezeigt, dass nicht alles ehrenamtlich geleistet werden kann. Es gibt hauptamtliches Personal für die Palliativversorgung und die Pflege, Freiwillige sind wichtig für individuelle Zuwendung und haben Zeit für Gespräche etc.

Die Freiwilligen werden durch eine sehr umfassende Schulung auf ihre Aufgaben vorbereitet und auch während ihrer Tätigkeit beim Hospiz begleitet, haben Supervision und tauschen sich in Gesprächsrunden aus.

2. Verändert Bezahlung das Engagement

Eine Entlohnung der Freiwilligen für ihre Tätigkeit hat sicher Auswirkungen auf das Engagement und ist bei Sterbebegleitung schwer vorstellbar. Individuelle Zuwendung und Zeit schenken ist nicht bezahlbar.



Alexandra Vogt-Schulz, Seniorenbeauftragte und Projektleiterin Integration u. Soziale Dienste, Gemeinde Wabern

Soziale Dienste der Gemeinde Wabern

Ehrenamtskreis: Soziale Dienste

Der Ehrenamtskreis bietet eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote als Hilfestellung zur Bewältigung des Alltags. Wir bieten folgende Angebote an:

- Fahrdienst innerhalb der Gemeinde Wabern (Arzt, Einkauf, Besuche, etc.)
- Bürgerbus

- Besuchsdienst
- Hauswirtschaftliche Hilfen des Hauses oder des Grundstückes
- Unterstützung bei behördlichen Formalitäten
- Unterstützung im Umgang mit technischen Medien
- Alltagsbegleitung

Bei dem Sozialen Dienst Wabern wird zwischen Ehrenamt (Bürgerbus, Besuchsdienst, Unterstützung bei behördlichen Formalitäten und Mittagstisch) und geringfügiger Beschäftigung (Hauswirtschaftliche Hilfen des Hauses oder des Grundstückes u. Alltagsbegleitung) unterschieden.

Stellenausschreibung

Die Gemeinde Wabern sucht zum **nächstmöglichen Zeitpunkt** mehrere

Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter
für Raumpflegetätigkeiten und Unterstützung zur Alltagsbegleitung für Senioren
im Rahmen des Projektes „Lebenswertes Wabern“ (soziale Dienste).

Es wird darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine geringfügige Beschäftigung (Minijob) handelt. Die Tätigkeiten sind auf Abruf auszuführen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **umgehend** schriftlich an:
Gemeindevorstand Wabern • Landgrafenstr. 9 • 34590 Wabern

Für Auskünfte in dieser Angelegenheit steht Ihnen Frau Vogt-Schulz (Seniorenbeauftragte) unter der Rufnummer 5009-35 gern zur Verfügung.

Wie gewinnen und begleiten Sie die Ehrenamtlichen?

Eine Fokussierung auf projektorientierte Zusammenhänge in einer zwanglosen Arbeitsgemeinschaft sind nach meinen Erfahrungen sehr günstig, um Menschen, die keine Vereinsbindung mehr wünschen, einzubinden.

Hierbei ist die Koordinierungsstelle vordergründig für die Organisation aller Zusammenkünfte und weiteren formalen Tätigkeiten zuständig. Die

Ehrenamtlichen können sich für eine Sache, die ihren Vorstellungen entspricht, einbringen.

Wichtig dabei sind die Nachhaltigkeit der Arbeitsaufgaben, Wertschätzung durch Zeit und Geselligkeit (nicht mehr der „Teller“ für 25 Jahre Mitgliedschaft), ebenso die Freiheit, dass keine „Vereinsposten“ mehr besetzt werden müssen und die Dauer der Mitarbeit selbst überdacht werden kann.



Tobias Kemnitzer, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, Berlin,

Warum hat die bagfa ein Positionspapier zu Monetarisierung im Bürgerschaftlichen Engagement herausgegeben?

Die bagfa ist in dem Feld aktiv geworden, da die lokalen Freiwilligenagenturen vermehrt darauf angesprochen werden, ob es für ein Engagement auch eine Bezahlung gibt. Sie hat zwei Papiere, ein Positionspapier in Richtung Politik und eine Handreichung für die Freiwilligenagenturen veröffentlicht.

Bürgerschaftliches Engagement ist für die bagfa ein Wert an sich und muss als besondere Ressourcen für eine demokratische und solidarische Gesellschaft

wertgeschätzt, anerkannt und gefördert werden, ohne es durch Formen der Bezahlung zu gefährden.

Dabei ist es wichtig auf die Begrifflichkeiten zu achten, wenn jemand eine stundenweise Aufwandentschädigung erhält, dann ist es eine bezahlte Tätigkeit und kein Ehrenamt. Es soll nicht darum gehen, Menschen die Möglichkeit zu verwehren, Geld hinzuzuverdienen. Es sollte nur klar sein, dass das kein freiwilliges Engagement ist.

Engagementfördernde Strukturen und Organisationen dürfen nicht als arbeitsmarktpolitische Maßnahmen genutzt werden. Die wichtige Aufgabe, Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose zu schaffen, kann weder durch bürgerschaftliches Engagement noch durch Freiwilligendienste gelöst werden.

Die bagfa und zahlreiche weitere Organisationen sehen aufgrund solcher vermehrter Monetarisierungstendenzen die Kultur der Freiwilligkeit und den Wert des bürgerschaftlichen Engagements in Gefahr, da Geldzahlungen den freiwilligen und partizipatorischen Charakter von Engagement und den damit verbundenen Wert für unsere Gesellschaft in Frage stellen.

Lokale engagementfördernde Organisationen, wie z.B. Freiwilligenagenturen, können gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren vor Ort die Öffentlichkeit sensibilisieren, dass Unentgeltlichkeit und Freiwilligkeit das Fundament des bürgerschaftlichen Engagements bildet. Außerdem sollten alternative Anerkennungsmodelle entwickelt und etabliert werden.

Das Positionspapier und die Handreichung der bagfa zu „Monetarisierung – kein Weg zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ befinden sich im Anhang.

Kurzes Resümee von Elke Kiltz

Wir haben heute viel gehört über die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, wenn bürgerschaftliches Engagement durch Bezahlung in eine Grauzone gerät. Wo bleibt das gestaltende Element, wenn es nicht mehr darum geht, Zeit zu schenken, um ein gesellschaftliches Problem zu lösen oder eine gute Sache oder einen hilfebedürftigen Menschen zu unterstützen, sondern eventuell darum, fehlende hauptamtliche Ressourcen durch „bezahltes Ehrenamt“ zu ersetzen. Dabei ist nicht nur die Frage der Arbeitsmarktneutralität berührt, sondern auch die Frage nach der Motivation derjenigen, die sich engagieren.

Wir wissen durch wissenschaftliche Untersuchungen und Befragungen – vor allem durch den bundesweiten Freiwilligensurvey -, dass andere Motive als der Gelderwerb im Zentrum stehen, wenn Menschen sich engagieren. Selbstverständlich ist es gut, wenn Träger von Projekten und Freiwilligendiensten den Aufwand der Engagierten (Fahrkosten, Telefon etc.) erstatten können. Dies aber in Form einer Stundenpauschale tun, die in vielen Fällen unter dem Mindestlohn, manchmal auch darüber liegt, rückt das Engagement in eine Grauzone zwischen Engagement und Erwerbsarbeit. Und wir stellen zunehmend eine Tendenz fest, mit Hilfe des Ehrenamtes den Mindestlohn umgehen zu wollen.

Viele Träger von Dienstleistungen, die ehrenamtliches Engagement einbeziehen - vor allem im Bereich der niedrigschwelligen Angebote für dementiell Erkrankte – argumentieren mit der notwendigen Verlässlichkeit der Freiwilligen pro hohe Pauschalvergütung für diese Angebote. Ich verweise an dieser Stelle allerdings gerne auf einen Freiwilligendienst, der genau diese Verlässlichkeit durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen Träger, Einsatzstelle und engagiertem Menschen regelt. Ich spreche vom Freiwilligendienst aller Generationen, dessen Format in der Unfallversicherung definiert ist. Mindestens acht Stunden wöchentlich sollte der Einsatz dauern, auf eine Qualifizierung und Begleitung durch den Träger haben die Freiwilligen Anspruch, es besteht Versicherungsschutz. In Hessen haben wir mit diesem Format sehr gute Erfahrungen gemacht, z.B. im Landkreis Marburg- Biedenkopf bei dem Projekt „Spuren hinterlassen im Landkreis“.

Ich bin davon überzeugt, dass wir nach Lösungen suchen müssen, die für die Gewinnung und nachhaltige verlässliche Motivation nicht auf Bezahlung

zurückgreifen und damit das Ehrenamt seiner konstitutiven Elemente berauben.

Ich sehe allerdings Licht am Horizont: Wabern scheint mir auf dem richtigen Weg zu sein. Hier wird getrennt zwischen dem unbezahlten Ehrenamt und der bezahlten geringfügigen Beschäftigung. Aus meiner Sicht müssen wir in diese Richtung gehen, wenn wir das Ehrenamt, das wir ja für den Pflegemix in einer sorgenden Gesellschaft behalten wollen und auch brauchen, als Ehrenamt mit all seinen demokratischen, gestaltenden und toleranten Elementen pflegen und bewahren wollen.

Wir werden von Seiten der Landesregierung – in welcher Form auch immer – das Thema im kommenden Jahr wieder aufgreifen.

Für heute sage ich herzlichen Dank allen, die teilgenommen und mitdiskutiert haben. Kommen Sie gut nach Hause.

Pressestimmen:

20150912-GA-GIESSEN-giloka.04 (Stadt 4)-Gießener Anzeiger.pdf - Adobe Reader

Datei Bearbeiten Anzeige Fenster Hilfe

Öffnen 1 / 1 89,4% Werkzeuge Ausfüllen und Unterschreiben Kommentar

„Menschen mehr Zeit schenken“

FACHTAGUNG Referenten debattieren über „Monetarisierung im Ehrenamt“

unter demmer Platz Ludwigstrasse vom 26. bis 31. Oktober; Wiesecker Weg Einmündungsbereich Bantzweg: Vollsperrung im Bereich Bantzweg wegen Neuordnung Verkehrsflächen – bis 18. September.

Letzte Führung im Bestattungswald am Schiffenberg

GIESSEN (red). Zur letzten Führung im Bestattungswald am Schiffenberg für dieses Jahr lädt die städtische Friedhofsverwaltung für Sonntag, 13. September, um 14 Uhr ein. Es wird eine circa einstündige Führung angeboten. Mitarbeiter des Garteanwes werden Interessenten durch den ca. 2,8 Hektar großen Bestattungswald führen. Bei dem Rundgang können alle Fragen zum Bestattungswald, aber auch zu anderen Bestattungsmöglichkeiten in Gießen und rund um das Thema „Friedhöfe“ von Fachleuten beantwortet werden. Die Führungen stoßen nach Mitteilung der städtischen Friedhofsverwaltung auch im dritten Jahr des Betriebes stets auf großes Interesse und werden daher auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Termine für öffentliche Führungen werden im Frühjahr 2016 rechtzeitig bekannt gegeben. Führungen für feste Gruppen ab circa zehn bis zwölf Teilnehmer werden von der Friedhofsverwaltung auch im Herbst und Winter auf Anfrage angeboten.

Weitere Infos im Internet: www.giessen.de/bestattungswald

TERMINES

Basilika

Nach vier Jahren Restaurierung wurde am vergangenen Sonntag die Basilika auf dem Schiffenberg mit einem Festakt wieder eröffnet. An diesem Sonntag, 13. September, besteht aus Anlass des Tags des offenen Denkmals von 11 bis 15 Uhr die Möglichkeit, den Kirchenraum zu besichtigen. Die von der Unteren Denkmalschutzbehörde gefertigte Ausstellung mit historischen Fotografien und Plänen sowie Fotos von der aktuellen Sanierung können dabei noch angeschaut werden. Gästeführer Dagmar Klein steht für Fragen bereit. (red)

Gemeindefest

Die Michaelsgemeinde Wieseck lädt am Sonntag, 13. September, zum diesjährigen Gemeindefest „rund um den Kirchturn“ (Kirchstraße 19, Gießen-Wieseck) ein. „Nehmt einander an“, ist das Motto, unter dem Christen und Andersgläubige zusammen feiern wollen. Um 11 Uhr wird das Fest mit einem Gottesdienst eröffnet, in dem sowohl der neugewählte Kirchenvorstand feierlich in sein Amt eingeführt wird, als auch die alten Kirchenvorsteher verabschiedet werden. Zahlreiche heimische Chöre gestalten im Anschluss das Bühnenprogramm auf dem Kirchengelände. Die Kindertagesstätten „Pusteblume“ und „Kaiserberg“ sind ebenso mit einem Stand vertreten, wie der ambulante Kinderhospizdienst und der „Eine-Welt-Laden“. Der Erlös des Festes soll der Arbeit der Kita „Pusteblume“ zugutekommen. (red)

nehmend nicht-ökonomische Prinzipien etabliert haben. Damit gehe außerdem eine Beschädigung und Entwertung der moralisch-ethischen Grundlagen eines freiwillig durchgeführten bürgerlichen Engagements einher. Zusätzlich verschärfe die Monetarisierung in Ehrenämtern zunehmend soziale Ungleichheit innerhalb einer Organisation und würde gleichzeitig das Fachpersonal im sozialen und Pflegebereich enorm abwerten. „Bürgerliches Engagement ist ein sehr kostbares Gut, das es zu erhalten gilt“, lautete das Fazit der Professorin.

Kennzeichnend für die Podiumsdiskussion war besonders die Haltung von Dr. Hans Albrecht Oehler, dem Vorsitzenden des Sankt Elisabeth Hospiz in Marburg: „Menschen Zeit schenken macht die Frage nach Bezahlung überflüssig“, lautete seine Devise hinsichtlich der zunehmenden Monetarisierung im freiwilligen bürgerlichen Engagement. Dankbarkeit und Anerkennung seien die beste Bestätigung für die Arbeit der Ehrenamtlichen.

Und in einer Sache waren sich alle Referenten einig: Ein Ehrenamt sei ein freiwilliges und unentgeltliches bürgerliches Engagement. Es solle und dürfe Fachkräfte weder abwerten, noch ersetzen. Dennoch sei ein Freiwilligenmanagement nötig, das den Ehrenamtlichen als Ansprechpartner und Organisator zur Seite stehe. „Ein Ehrenamt mit geringer Bezahlung ist und bleibt eine Nebenerwerbstätigkeit auf Basis des Niedriglohnssektors.“

Prof. Gisela Jakob, die unter anderem soziale Arbeit an der Universität in Darmstadt lehrt, verdeutlichte im darauffolgenden Vortrag besonders die negativen Auswirkungen einer Monetarisierung der Ehrenämter. Denn es sei zunehmend der Trend zu erkennen, dass die ursprünglichen Gründe ein bürgerliches Engagement unentgeltlich durchzuführen, in den Hintergrund rücken und durch Motive der Dienstleistung ersetzt würden. „Unsere Gesellschaft ist durchökonomisiert“, warnte Jakob und verwies darauf, dass sich auch im Ehrenamt zu-

Petra Engel, Hans Albrecht Oehler, Alexandra Vogt-Schulz und Tobias Kemnitz (v.l.) diskutierten bei der von Patricia Ortmann (M.) geführten Fachtagung über Vergütungen von Ehrenämtern. Foto: Fotobrecht

GIESSEN (ful). Verändert die Bezahlung eines Ehrenamtes das Engagement? Diese Frage stand am Donnerstag im Fokus der Fachtagung „Monetarisierung im Ehrenamt“ im Forum der Volksbank Mittelhessen. Veranstalter vom hessischen Ministerium für Soziales und Integration sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Hessen wurde dort über die Vergütung von Ehrenämtern debattiert. Patricia Ortmann, Leiterin des Freiwilligenzentrums in Gießen, eröffnete die Veranstaltung und führte als Moderatorin die rund 160 Teilnehmer charmant, aber dennoch fokussiert durch die Tagung. Direkt zu Beginn betonte Elke Klitz, die das Referat „Bürgerliches Engagement/Ehrenamt“ im hessischen Ministerium für Soziales und Integration leitet, dass der Begriff Ehrenamt keine Vergütung umfasse.

Gießener Anzeiger vom 12.09.2015

GIESSEN (ful). Verändert die Bezahlung eines Ehrenamtes das Engagement? Diese Frage stand am Donnerstag im Fokus der Fachtagung „Monetarisierung im Ehrenamt“ im Forum der Volksbank Mittelhessen.

Veranstaltet vom hessischen Ministerium für Soziales und Integration sowie der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Hessen wurde dort über die Vergütung von Ehrenämtern debattiert. Patricia Ortmann, Leiterin des Freiwilligenzentrums in Gießen, eröffnete die Veranstaltung und führte als Moderatorin die rund 160 Teilnehmer charmant, aber dennoch fokussiert durch die Tagung. Direkt zu Beginn betonte Elke Klitz, die das Referat „Bürgerliches Engagement/Ehrenamt“ im hessischen Ministerium für Soziales und Integration leitet, dass der Begriff Ehrenamt keine Vergütung umfasse.

Prof. Gisela Jakob, die unter anderem soziale Arbeit an der Universität in Darmstadt lehrt, verdeutlichte im darauffolgenden Vortrag besonders die negativen Auswirkungen einer Monetarisierung der Ehrenämter. Denn es sei zunehmend der Trend zu erkennen, dass die ursprünglichen Gründe ein bürgerliches Engagement unentgeltlich durchzuführen, in den Hintergrund rückten und durch Motive der Dienstleistung ersetzt würden. „Unsere Gesellschaft ist durchökonomisiert“, warnte Jakob und verwies darauf, dass sich auch im Ehrenamt zunehmend nicht-ökonomische Prinzipien etabliert haben. Damit gehe außerdem eine Beschädigung und Entwertung der moralisch-ethischen Grundlagen eines freiwillig durchgeführten bürgerlichen Engagements einher. Zusätzlich verschärfe die Monetarisierung in Ehrenämtern zunehmend soziale Ungleichheit innerhalb einer Organisation und würde gleichzeitig das Fachpersonal im sozialen und Pflegebereich enorm abwerten. „Bürgerliches Engagement ist ein sehr kostbares Gut, das es zu erhalten gilt“, lautete das Fazit der Professorin. Kennzeichnend für die Podiumsdiskussion war besonders die Haltung von Dr. Hans Albrecht Oehler, dem Vorsitzenden des Sankt Elisabeth Hospiz in Marburg:

„Menschen Zeit schenken macht die Frage nach Bezahlung überflüssig“, lautete seine Devise hinsichtlich der zunehmenden Monetarisierung im freiwilligen bürgerlichen Engagement. Dankbarkeit und Anerkennung seien die beste Bestätigung für die Arbeit der Ehrenamtlichen. Und in einer Sache waren sich alle Referenten einig: Ein Ehrenamt sei ein freiwilliges und unentgeltliches bürgerliches Engagement. Es solle und dürfe Fachkräfte weder abwerten, noch ersetzen. Dennoch sei ein Freiwilligenmanagement nötig, das den Ehrenamtlichen als Ansprechpartner und Organisator zur Seite stehe. „Ein Ehrenamt mit geringer Bezahlung ist und bleibt eine Nebenerwerbstätigkeit auf Basis des Niedriglohnsektors.“







